

„Uninspirierter als in der DDR“

Die Erfahrungen des Architekten André Kempe mit Fördermittel-Projekten
Interview: Anne Kockelkorn

An wie vielen Projekten, die mit EU-Fördergeldern finanziert wurden, haben Sie bisher gearbeitet?

Zunächst an der Konzerthalle in Raiding in Österreich (Heft 37.2006). Das Projekt war zu 90 Prozent fördermittelfinanziert und zu einem großen Teil EU-finanziert, aber wie das genau verteilt war, damit hatten wir nichts zu tun. Zurzeit planen wir den Umbau von Block V in Prora in eine Jugendherberge (Heft 10.2004). Das Projekt wird ebenfalls zu 90 Prozent gefördert, davon ungefähr zur Hälfte mit EU-Geldern, überwiegend Interreg-Mittel. Involviert sind die polnische Woiwodschaft Westpommern und das Land Mecklenburg-Vorpommern. Das dritte Projekt, bei dem wir mit EU-Geldern zu tun haben, ist das Handwerksmuseum in Veenhuizen in den Niederlanden. Schließlich waren wir noch zu einem Wettbewerb eingeladen in Herzogenrath in der Nähe von Aachen für den Bau mehrerer kleiner Brücken im Wurmatal, das war auch zu 90 Prozent aus Fördermitteln finanziert. Ebenfalls fördermittelfinanziert ist die Restaurierung des Lokomotivdepots in Antwerpen Noord in Belgien, bei dem wir im Rahmen eines Wettbewerbs Zweiter wurden. Wir haben also bisher in vier verschiedenen europäischen Ländern die Situation zumindest in Ansätzen vergleichen können.

Welche Unterschiede fallen dabei auf?

Ein gravierender Aspekt, mit dem sich die öffentliche Hand in Deutschland von den anderen Ländern offensichtlich unterscheidet, ist der Umstand, dass Planungsleistungen von Architekten im Rahmen von Wettbewerben dazu verwendet werden, mit potentiellen Fördermittelgebern überhaupt erst nähere Absprachen zu treffen. Das heißt, die Kommune hat noch überhaupt nichts außer einer schönen Idee, macht aus eigenen Mitteln einen Wettbewerb, und mit dem Ergebnis begibt man sich auf die Suche nach der Projektfinanzierung. Solche Wettbewerbe haben überhaupt keine finanzielle Tragfläche. Im Grunde genommen ist das ein Missbrauch an Planungsleistungen.

Bedeutet das eine Abwertung der Architektenleistung?

Wenn die Architektenleistung im Rahmen eines Wettbewerbs eine ganz normale Ausschreibungsdienstleistung ist, dann ist ein Wettbewerb für ein unfinanziertes Projekt illegal zu nennen, weil eine Dienstleistung nur ausgeschrieben werden darf, wenn diese auch erbracht werden kann.

War das bei Ihren eigenen Projekten auch so?

Bei allen unseren deutschen Projekten ist das der Fall. Erst werden Planungsgelder bewilligt, danach wird die eigentliche Finanzierung der Baumaßnahmen anhand der Planung überhaupt erst gesichert. Anscheinend liegt das in der Natur der Fördermittel. Zumindest so, wie sie in Deutschland gehandhabt werden.

Wurden die Projekte durch Förderauflagen verändert?

Mein Eindruck ist, dass die Fördermittelbewertung in Deutschland zu einer alltäglichen Praxis des uninspirierten Kürzens führt. Von Anfang an wird ein möglichst niedriges Budget genannt, so dass, selbst wenn man noch so kostengünstig entwirft, keine Pufferfinanzierung übrig ist. Das unterstützt eine Tendenz zum bloßen Dienstleistungsvollzug, um überhaupt ein Gebäude hinzubekommen. Da wird dann nur das Billigste zugelassen – zumindest in diesen reinen Fördermittelprojekten –, und alles, was auch nur ein bisschen darüber hinaussticht, wird aus Erwägungen der politischen Korrektheit durch eine verängstigte Bürokratie zum Standard heruntergedreht. Darin unterscheidet sich Deutschland von anderen Ländern. Die Konzerthalle in Raiding zum Beispiel hat einen ähnlichen Finanzierungshintergrund wie die Jugendherberge in Prora, doch bei dem erstgenannten Projekt hat der Bauherr einfach mal Ja gesagt zu Acrylfenstern, die zweieinhalb mal so viel kosten wie eine verleimte Normalverglasung. Und das aufgrund einer rein architektonisch-räumlichen Argumentation, ohne jegliche pragmatische Notwendigkeit. In Deutschland wäre das garantiert herausgeredet worden. Zumindest hätten wir große Schwierigkeiten damit bekommen.

Normalerweise lautet der Vorwurf an EU-Programme eher, dass Geld für Nutzloses ausgegeben wird. Wer soll über die Grenze zwischen Luxus und Sinnlosigkeit entscheiden?

Uns erscheint oft schon die Aufgabenstellung zweifelhaft. Der Konzertsaal in Österreich ist eigentlich extrem dubios. Aus Betreibersicht ist ein Konzertsaal für 600 Besucher in einem 800-Einwohner-Dorf, in dem nur sechsmal im Jahr ein Kammermusikkonzert stattfindet, in keiner Form wirtschaftlich zu begründen. Und deshalb muss das Gebäude letztlich doch als eine Art Mehrzweckhalle entworfen werden, um noch andere Veranstaltungen durchführen zu können. Aber die Fördermittel wurden eingeworben für einen Kammermusiksaal für Liszts Geburtsort. Da wurde eine enorme kulturelle Ambition formuliert, und am Ende wird das Haus für Feuerwehrräume benutzt oder – wenn es ganz dumm kommt – als Supermarkt.

Ein anderes Beispiel sind die Projekte im Wurmatal. Dort musste zum Beispiel eine Fußgängerbrücke entworfen werden, um über eine völlig zweitrangige, kaum befahrene Straße in einen Park zu gelangen. Die Brücke musste behindertengerecht sein, weshalb sie ungefähr 120 Meter lang wurde. Der Weg zum Park über die Straße beträgt dagegen circa 20 Meter. Der Park selbst befindet sich auf einer Abraumhalde, für Rollstühle vollkommen ungeeignet. Nicht nur die Rollstuhlgerichtigkeit der Brücke, sondern die ganze Brücke ist also äußerst fragwürdig.

Dort scheinen Entscheidungen gefallen zu sein, bei denen sich nicht erschließt, wer dafür verantwortlich ist und aus welchem Interesse heraus so entschieden wurde.

Für den Außenstehenden entsteht bei Fördermittelprojekten leicht der Eindruck eines geradezu kafkaesken Wirkens von verschiedenen Kräften, vom Bund über das Land und den Landkreis bis zur Gemeinde. Alle sind hoch motiviert, alle tun ihr Bestes, aber alle sind in ihrem jeweiligen System gefangen und haben aus dessen Logik heraus Ideen, Forderungen und Standpunkte, um politisch korrekt zu handeln. Und alle haben Angst, Fehler zu machen.

Spielt bei dem Problem der Förderung durch EU-Gelder eine Rolle, dass so viele verschiedene Akteure auftreten?

Meines Erachtens ist das ein Gemisch aus der Fördermittelpolitik an sich, EU-Geldern und der Frage, wie politische Entscheidungen in dem jeweiligen Staat getroffen werden. In Österreich haben wir erlebt, das quasi aristokratisch entschieden wird. Das Projekt wird kurz vorgestellt, Beschwerden werden abgewiesen, und los geht es. Da brauchen Architekten keine Unterlagen für die Finanzierung zu erstellen. Das ist auch so ein Deutschland-spezifisches Phänomen, diese Verbürokratisierung, mit der man versucht, alles noch genauer zu machen, aber nur das Gegenteil bewirkt, nämlich, dass Architekten mit dem Ausfüllen unsäglicher Formulare und dem Beachten komplizierter Richtlinien von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten werden und alles im Endeffekt nur langweiliger wird.

Lehnen Sie es ab, diesen Prozess mitzugestalten?

Nein, natürlich muss man diesen Prozess gestalten. Wenn man in Deutschland an einem öffentlich geförderten Projekt arbeitet, muss man mit dieser Struktur ganz bewusst operieren. Man muss – wie immer eigentlich – versuchen, die Grenzen aufzusuchen, um kreative Potentiale zu entdecken. Bei Prora zum Beispiel haben wir zwischenzeitlich eine Strategie des Verzichts vorgeschlagen: Wir lassen innen alle Farben weg, lassen den alten Putz so, wie er ist, promoten eine Art Ruinenromantik und sagen: Das ist schön, das ist der Grund, weshalb die Leute nach Prora fahren, weil sie fasziniert sind von genau dieser Krassheit in der Architektur und der Unheimlichkeit des Ortes. Aber da kommt dann sofort der Einwand, dass solche Ideen nicht fördermittelfähig sind. Der Fördermittelbeamte nimmt also direkten Einfluss auf die Architektur.

Wie ist das in den Niederlanden?

Beim Handwerksmuseum in Veenhuizen haben wir mit dem ganzen Prozess des Fördermittelbeantragens überhaupt nichts zu tun. Das macht die öffentliche Hand, der Architekt liefert ganz normal seine Entwurfsunterlagen ab. Einzig Planungs- und Ausführungszeitraum sind durch die Fördermittel definiert, aber selbst da sind die Spielräume groß. Bei dem Projekt geht es um den Umbau von vier denkmalgeschützten monumentalen Backsteingebäuden. Da muss erst mal eine ganze Menge abgerissen werden, und dann müssen in die Außenfassade neue Türen eingefügt werden. Wir haben riesige, vier Meter hohe Türen vorgeschlagen, weil die dem Gebäude eine gewisse Würde verleihen, und jetzt wird das auch ausgeführt. Es wäre bei einem deutschen Fördermittelprojekt meines Erachtens nie im Leben möglich, bei einem so geringen Budget 20 Prozent der Mittel allein für eine Handvoll Türen auszugeben. In Deutschland würde das sehr wahrscheinlich in Grund und Boden geredet.

Weil es an Vorstellungskraft fehlt?

Weil es politisch nicht korrekt ist, eine Asymmetrie in der Finanzierung einzuführen. Man geht überall nach dem Kennwert – ein bestimmter Farbanstrich, eine bestimmte Art von Putz darf jeweils eine bestimmte Summe pro Quadratmeter kosten. Die Fenster, die Türen – das ist überall festgelegt, wie viel Euro das pro Quadratmeter kosten darf. Gute Architektur zieht ihre Kraft heute aber oft aus einem kreativen Moment, das gerade durch eine unerwartete Verteilung der Kosten entsteht. Explizit notwendiger Teil der künstlerischen Freiheit des Architekten muss also genau die Möglichkeit sein, die Finanzen in ihrer Verteilung zu beeinflussen. Eine solche Asymmetrie ist aber eben nicht DIN-gerecht. Das führt dann automatisch nicht nur zu uninspirierten Entwürfen, sondern im Grunde genommen zur Beschneidung der eigentlichen kreativen Basis von Baukunst. Die Qualitäten, die in einer subversiven Geldverteilung liegen können, werden total ignoriert. Das ist zum Teil uninspirierter als in der DDR.